

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

17. April 1951.

Keine Einsichtnahme der Religionsgemeinschaften in Steuererklärungen.224/A.B.
zu 225/JA n f r a g e b e a n t w o r t u n g .

In Beantwortung einer Anfrage der Abg. H o r n und Genossen,
betreffend Einsicht in die Steuererhebungsblätter durch Beauftragte der
Religionsgemeinschaften, gibt Bundesminister für Finanzen
Dr. M a r g a r é t h a bekannt:

"Auf seinerzeitigen Antrag des Bundesministeriums für Unterricht
wurde den gesetzlich anerkannten öffentlich-rechtlichen Religionsgesell-
schaften mit Zustimmung des Bundesministeriums für Inneres die Genehmigung
erteilt, bei den Gemeindebehörden Einblick in die Haushaltslisten zu nehmen,
um die für die Einhebung der Kirchenbeiträge notwendigen Daten aus diesen
festzustellen. Die Einsichtgewährung in die Haushaltslisten stellt eine aus
der Trennung von Kirche und Staat notwendig gewordene Verwaltungshilfe an die
gesetzlich anerkannten Religionsgesellschaften dar, die nicht verweigert
werden kann. Zu deren Gestattung bedarf es keiner gesetzlichen Vorschrift,
da die Gewährung der Verwaltungshilfe (Einschau in die Haushaltslisten)
eine notwendige Voraussetzung für die Erhebung der Kirchenbeiträge darstellt,
zu der die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften auf Grund der
bestehenden Gesetze berechtigt sind.

Im übrigen wird darauf hingewiesen, dass den Organen der Religions-
gesellschaften lediglich die Einsicht in die Haushaltslisten gewährt wird,
dass ihnen aber sonstige steuerliche Unterlagen nicht zugänglich gemacht
werden dürfen."

-.-.-.-